

# Krieg in Kurdistan



*KurdInnen demonstrieren friedlich gegen die Unterdrückung ihres Volkes in der Türkei*

Hunderttausende Kurden sind auf der Flucht. In der Türkei, in der der größte Teil des 18-Millionen-Volkes lebt, fliehen sie vor der Unterdrückung durch den türkischen Staat. In den Fluchtländern, wie Deutschland, werden sie nicht geduldet und unter Vorwänden wieder zu ihren Verfolgern abgeschoben. Wo liegen die Ursachen dafür, wer profitiert davon?

- ★ **Sofortiger Abschiebestop**
- ★ **Bleiberecht für alle**
- ★ **Stop aller Waffenlieferungen an die Türkei**
- ★ **NEIN zur Abschiebehaft**
- ★ **Aufhebung des PKK-Verbots**
- ★ **Abschaffung der Sondergesetze gegen Ausländer**
- ★ **Arbeit, Ausbildung und Wohnung für alle**

**Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE**

## Sterbehilfe

### Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei

Waffenproduzenten aus Deutschland verdienen am Völkermord in der Türkei fleißig mit. Seit 1989 wurden aus der Bundesrepublik unter anderem 30 Phantom Kampfflugzeuge, 170 Leopard-I-Panzer, 300 Schützenpanzer, 1313 Panzerhaubitzen, 1000 Sidewinder Luft-Luft-Raketen, mehr als 2500 Maschinengewehre, und über 300.000 Maschinepistolen geliefert. Im Jahre 1993 lieferte die Bundesrepublik mehr Panzer an die Türkei als die Streitkräfte von Großbritannien überhaupt besitzen. Allein an Sachwerten leistete die Bundesrepublik seit 1964 Militärhilfe für mehr als 6 Milliarden DM. Mit dieser Hilfe leistet sich das Entwicklungsland Türkei die zweitgrößte Armee der NATO, ein stehendes Heer von mehr als 500.000 Soldaten und 50.000 Bürgermilizionären.

In der Republik Türkei sind die Kurden immer benachteiligt worden. Daher fordern sie seit langem Unabhängigkeit in einem eigenen Staat. Auf diese Bestrebungen hat der türkische Staat mit militärischer Gewalt reagiert. Anfang 1984 hat die kurdische Arbeiterpartei PKK den bewaffneten Kampf gegen die türkische Armee aufgenommen.

### Kurden sind in der Türkei rechtlos

Seitdem gilt die PKK in der Türkei als terroristische Vereinigung, obwohl sie sich auf einen großen Teil der Kurdischen Bevölkerung stützen kann und mehrere Millionen Menschen repräsentiert. Mit diesem Schritt sind den Kurden in der Türkei alle Rechte genommen worden. Willkürlich wird die Zivilbevölkerung terrorisiert. Unter dem Vorwand, sie seien Mitglieder der PKK werden Menschen verhaftet, gefoltert oder ermordet.

15 Millionen Kurden leben in der Türkei. Sie sind im Parlament des Landes nicht mehr vertreten, seit im Dezember 1994 die letzten acht kurdischen Parlamentarier grundlos zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt worden sind.

Das Parlament verleiht dem Land nach außen einen demokratischen Charakter, obwohl die Regierung unter Führung von Tansu Ciller nur als Fassade für die tatsächlich herrschenden Militärs dient.

Am 3. Dezember 1994 wurde am helllichten Tag das Gebäude der kurdenfreundlichen Tageszeitung *Özgür Ülke* von Agenten der türkischen Regierung in die Luft gesprengt.

### Opfer des türkischen Staatsterrors



*Deutsche waffen, deutsches Geld,  
morden mit in aller Welt: Panzer aus der BRD im  
Einsatz in Kurdistan*

Permanent greift die türkische Armee kurdisches Gebiet an. Dabei werden bewußt Zivilisten getötet und vertrieben, vergewaltigt und gefoltert, weil sie der Zusammenarbeit mit der PKK beschuldigt werden. Auf diese Weise sind ganze Regionen Kurdistans entvölkert worden. 1600 Dörfer wurden bisher zerstört. Auch Wälder und Felder sowie Lebensmittelvorräte verbrennen die Unterdrücker. Über 12.000 Tote unter der Zivilbevölkerung hat es bereits gegeben.

### Deutschland verweigert Kurden Asyl

Kurden, die unter diesen Umständen die Türkei verlassen, sollten bedingungsloses Asyl genießen. Doch die Realität sieht anders aus. Die Bundesregierung hat in diesem Konflikt eindeutig Stellung bezogen – gegen die Kurden. Sie schloß sich der Haltung des NATO-Partners Türkei an und erklärte die PKK zu einer terroristischen Vereinigung und erließ am 26. Dezember 1993 nach einem Besuch des türkischen Parlamentspräsidenten in Deutschland ein Verbot für die PKK und mehrere kurdische Vereine in Deutschland. Mit diesem Schritt setzte die Bundesregierung ihre Außenpolitik konsequent in Deutschland fort. Trotz der Kenntnis über die Verhältnisse in der Türkei, dem besabsichtigten Völkermord an den Kurden, hat die Bundesregierung Waffenlieferungen an die Türkei

## Die PKK

### Eine terroristische Vereinigung?

Die türkische und die deutsche Regierung stellen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) als gefährliche Terroristen dar. Doch der Terror geht vom türkischen Staat aus. Die PKK hat heute Millionen von KurdInnen hinter sich, sie ist die Vertretung der Menschen in Türkisch-Kurdistan.

JRE verteidigt die PKK gegen alle Angriffe von Kanther und Co. und fordert volle demokratische Rechte für alle KurdInnen!

Wir verteidigen allerdings nicht die Politik der PKK. Auch wenn viele angebliche PKK-Bomben von Agenten des türkischen Geheimdienstes gelegt wurden: die PKK-Strategie beinhaltet auch Terrorakte gegen zivile Ziele.

Dadurch isoliert sie sich von der türkischen Bevölkerung und treibt diese in die Arme der rechten Regierung Ciller. Anstatt sich auf diese nationalistische Frontstellung einzulassen, müßte die PKK den Unmut der türkischen ArbeiterInnen und der Jugend über Wirtschaftskrise und Unterdrückung aufgreifen und die Einheit von unten vorantreiben.

# Abschiebestop

## Heuchlerisches Spiel der Bundesregierung

Die Bundesregierung betont gerne ihr gutes Verhältnis zum NATO-Partner Türkei.

Mit der Abschiebung von Kurden leistet Bonn der Türkei innenpolitisch Hilfe.

Der befristete, freiwillige Abschiebestop für Kurden ist seit Dezember 1994 bereits zweimal verlängert worden und gilt inzwischen bis zum 28. Februar. Angeblich will Bundesinnenminister Kanther die Gefährdung von Kurden in der Türkei noch einmal prüfen lassen, bevor endgültig entschieden wird.

Schon während des Abschiebestops hatte Bayerns Innenminister Beckmann demonstrativ einen Kurden abschieben lassen. Dieser wurde auch in der Türkei freigelassen und nicht von den dortigen Behörden inhaftiert.

Man darf allerdings vermuten, daß dieser Fall entweder mit der Türkei abgesprochen war oder den Behörden dort zumindest die Symbolik dieser Aktion bewußt war.

Der Abschiebestop wird derweilen eins ums andere mal verlängert, damit nach einer gewissen Zeit, wenn der Rummel um die Abschiebungen sich wieder etwas gelegt hat, die Abschiebungen besser begründet und gründlicher als je zuvor weitergehen können.

immer geduldet und das Land militärisch unterstützt.

Man verharmloste den Krieg und die Haltung der Türkei wurde als die einzig glaubwürdige zugelassen. Das ist etwa so, als würde man in einem Mordprozeß nur den Tatverdächtigen anhören und sich auf dessen Urteil verlassen.

## Kanther vertraut türkischer Regierung

Auch jetzt, wo sich Innenminister Kanther unter dem Druck der Öffentlichkeit veranlaßt sah, einen befristeten Abschiebestop für Kurden zu erlassen, um die Verhältnisse in der Türkei erneut zu prüfen, verläßt er sich auf die Aussagen türkischer Regierungsvertreter. Noch während Innenminister Eggert in der Türkei weilte, erschien in der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* ein Artikel, in dem die Abschiebung von 21.000 Kurden aus Deutschland angekündigt wurde. Zur gleichen Zeit forderte der türkische Generalstaatsanwalt, daß PKK-Mitglieder für vogelfrei erklärt werden sollten. Man solle ihnen vier Wochen Zeit geben, sich zu stellen, dann seien Morde an PKK-Mitgliedern nicht mehr zu verfolgen (*Junge Welt*).

JRE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht für Kurdistan und fordert demokratische Rechte für die Kurden in Deutschland. JRE steht für die Einheit von kurdischen, türkischen und deutschen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen im Kampf gegen die Drahtzieher in den Konzernen, die von der Saltung der Völker profitieren.

...ich möchte

- weitere Informationen über Jugend gegen Rassismus in Europa geschickt bekommen (Frankierten Rückumschlag beilegen!)
- JRE-Mitglied werden, Jahresbeitrag DM 10,- / DM 5,-

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_  
Beruf, Alter \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

JRE, Postfach 300629, 50776 Köln

Postgiroamt Köln, U. Petersen, Kto.-Nr 12777-501, BLZ 370 100 50